



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 250 Postulat Özvegyi András und Mit. über Förderprogramm Energie erhöhen – für Wirtschaft und Klima / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 250, das Postulat P 243 von Monique Frey über Corona-bedingte Verkehrsmengenreduktion erhalten sowie die Anfrage A 304 von Peter Fässler über die Vermeidung von Corona-Dichtestress auf den Strassen werden als Paket behandelt. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 250 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. András Özvegyi hält an seinem Postulat fest. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 243 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Monique Frey hält an ihrem Postulat fest. Peter Fässler ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

András Özvegyi: Zum Postulat P 243: Die GLP ist mit dem Inhalt des Postulats einverstanden, sie ist aber gegen einen zusätzlichen Bericht und folgt der Regierung. Wir lehnen das Postulat P 243 ab. Zum Postulat P 250: Die GLP-Fraktion dankt für die Stellungnahme, ist aber über den Antrag der teilweisen Erheblicherklärung enttäuscht. So wird ein Stillstand ab September 2020 als Möglichkeit akzeptiert. Das geht aus unserer Sicht in der heutigen, speziellen Zeit mit einer drohenden Wirtschaftskrise und dem Klimanotstand politisch gar nicht. Um was geht es in meinem Postulat? Es geht einzig und allein darum, dass im Herbst 2020 das aktuell laufende Förderprogramm Energie nicht aus Mangel an Geld frühzeitig eingestellt werden muss. Ein Blick auf den aktuellen Stand des Förderprogrammtopfes zeigt, dass im Mai wieder 1 Million Franken einbezahlt und auch gesprochen wurden. Es werden also laufend Gesuche eingereicht, und wenn es so weitergeht, ist der Topf im September leer. Das wäre jammerschade und politisch nicht zu verantworten. Was sind die Vorteile des Förderprogramms? In der Regel werden Investitionen in zehnfacher Höhe ausgelöst, die Wertschöpfung bleibt in der Region, es wird CO₂ eingespart, und es ist ein bewährtes Instrument, welches keinen langen Planungsbericht braucht. Es kann sofort geholfen werden. Aus der Stellungnahme des Regierungsrates wird klar, dass die Folgejahre mit dem AFP/Budget-Prozess noch abgedeckt werden können. Das ist kein Thema mehr. Auch wird klar, dass der Kantonsbeitrag für den Bundesbeitrag verdoppelt wird. Das Postulat wurde im Mai dringlich eingereicht, weil der Bund dringend einen Beschluss braucht, um seine Beiträge sprechen zu können. Am besten würden wir das Postulat einstimmig erheblich erklären. Das Förderprogramm ist so gut und wirkungsvoll, dass wir der Meinung sind, dass es sogar ohne Bundesgelder sinnvoll wäre, die 2 Millionen Franken bereitzustellen. Die Politik ist da, um gute Rahmenbedingungen zu schaffen und richtige Signale auszusenden. Ich bitte Sie, ein Zeichen zu setzen und das Postulat für unsere Wirtschaft und für das Klima erheblich zu erklären.

Monique Frey: Packen wir doch die Gelegenheit beim Schopf. Mit meinem Postulat P 243 bietet sich die Gelegenheit, den Verkehr, welcher sich durch Corona vermindert hat, sowohl auf den Strassen wie auch im öV auf diesem tieferen Niveau zu halten. Viele Menschen haben dies nämlich geschätzt. Der Verkehr wurde durch das Homeoffice verringert und indem viele Menschen in der Freizeit auf das Auto verzichtet haben und stattdessen spazieren oder Velo fahren gegangen sind. Wenn man diese Verringerung des Verkehrs erhält, hat das einerseits einen grossen Einfluss auf das Klima, aber auch auf die Stützung der lokalen Wirtschaft. Für die Erhaltung des geringeren Verkehrs brauchen wir mehr Massnahmen, als der Regierungsrat in seiner Stellungnahme auf mein Postulat vorschlägt. Der Verkehr ist holistischer, als dass man ihn im öV-Bericht, mit der Klima- und Energiepolitik, in der Mobilitätsstrategie oder im Mobilitätsmanagement abhandeln kann. In einem Punkt hat der Regierungsrat aufgezeigt, dass Verkehr viel mehr ist als nur der Transport von A nach B: Er schreibt, dass er ein Homeoffice-Konzept in die Ausgestaltung des Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz mit einbeziehen wolle. Es braucht aber mehr Massnahmen. Ich wünschte mir ein ähnliches Vorgehen wie beim Food-Waste, wo eine Sensibilisierungskampagne angeregt und ein Aktionsprogramm umgesetzt wurden. Der Kanton sollte mit den Unternehmen in Dialog treten und das Homeoffice unterstützen. Es wäre auch denkbar, an Universitäten und Hochschulen Studiengänge zu fördern, welche sich mit neuen Arbeitswelten auseinandersetzen, all dies kombiniert mit dem Verkehr. Auch die steuerlichen Anreize hat der Regierungsrat nicht erwähnt. Verkehr hat auch viel mit Psychologie zu tun. 40 Prozent des Verkehrs wird durch Shopping verursacht. Es geht dabei nicht darum, dass man die vielen Einkäufe nicht tragen kann, sondern Shopping wurde zu einem Freizeitvergnügen. Warum ist dies so? Dort sollte man ansetzen und tiefer gehen, als nur ein Mobilitätskonzept zu erstellen. Man muss sich mit der heutigen Gesellschaft auseinandersetzen, denn nur so kann eine Änderung des Verkehrsverhaltens erwirkt werden. In diesem Sinn halte ich an meinem Postulat fest. Es geht darin heute zum ersten Mal um den Neustart und darum, die positiven Erfahrungen aus der Corona-Krise in die Zukunft einfließen zu lassen und ein lebenswerteres und klimaschonenderes Luzern zu schaffen.

Peter Fässler: Besondere Situationen erfordern besondere Massnahmen, Flexibilität, Kreativität und Mut für neue Wege, den Strassenraum wieder für Menschen freizugeben – und zwar für Menschen, die nicht 3,5 Tonnen oder mehr Gewicht brauchen, um von A nach B zu kommen –, und den Mut, den Langsamverkehr in den Verkehrsflüssen und -räumen nicht als Abfallprodukt einzuordnen. Die Verkehrszahlen vor, während und nach dem Lockdown zeigen es: Eine Verringerung des motorisierten Individualverkehrs bringt eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität in unseren Ballungsräumen – bessere Luft, weniger Strassenlärm, weniger Unfälle, die Liste lässt sich fortsetzen. Diese Verringerung des MIV bringt mehr Platz auf unsere Strassen für Menschen zu Fuss und solche mit langsamen und platzsparenden Verkehrsmitteln. Auf meinen täglichen Fahrten zur Arbeit mit dem Velo von Kriens zum Seetalplatz konnte ich das jeden Tag spüren und geniessen, und das mit unzähligen weiteren Velo-, E-Bike-, Trottinett- und Skateboardfahrenden auf den Strassen. Jeden Tag kamen mehr dazu. Diese Veränderungen in den Platzverhältnissen auf unseren Strassen müssen beibehalten werden. Der Aufschwung der langsamen Mobilität während des Lockdowns muss bestehen bleiben und gefördert werden, sodass sich die Menschen in den Städten, Städtchen und Agglomerationsgemeinden daran gewöhnen können, gefahrlos mit den langsamen Verkehrsmitteln unterwegs zu sein, und zwar jetzt, nicht erst in zehn Jahren, wenn die verschiedenen im Postulat P 243 erwähnten Berichte zu den gleichen Schlüssen kommen. Die Antwort der Regierung zählt auf, was alles nicht möglich ist und weshalb. Sehr zu denken gibt mir die Antwort zu Frage 3, die sinngemäss lautet: Für Veränderungen des Strassenraums ist die Verkehrsbelastung massgebend. Doch massgebend dafür ist nur der motorisierte Individualverkehr. Für den Langsamverkehr bleibt nichts, er ist ein Abfallprodukt der kantonalen Verkehrspolitik. Andere Städte haben da den Trend der Zeit erkannt und gehandelt. Bei uns hier wird das vielleicht in zehn Jahren auch so weit sein. Wie wäre es, die Verkehrsbelastung nicht mit der Anzahl Fahrzeuge, sondern mit

der Anzahl Menschen pro Quadratmeter auf den Strassen zu messen?

Markus Odermatt: Zum Postulat P 250: In diesem Postulat wird mehr Geld für das Energieförderprogramm gefordert. Die CVP hegt gewisse Sympathien für diese Idee und verwehrt sich nicht dagegen, wenn zusätzliche Mittel für die Energiewende benötigt werden. Uns ist auch bewusst, dass in den Bereichen Energieförderung, Klimawandel und Energieadaption noch einiges unternommen werden muss, damit die hochgesteckten Ziele des Bundes und des Kantons erreicht werden können. Das Postulat ist aber aus unserer Sicht das falsche Instrument. Erfreulicherweise sind bis April bereits 48 Prozent der Fördergelder an Projekte zugesichert worden, und es ist davon auszugehen, dass die rund 7,5 Millionen Franken für dieses Jahr nicht reichen. Wir haben schon andere Zeiten erlebt, als die Gelder nicht voll ausgeschöpft wurden. Aus diesem Grund hat unser Rat in der Beratung zum Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023 einer Aufstockung von 1,2 Millionen auf total 2 Millionen Franken im Energieförderprogramm zugestimmt, und der Bund wird sich ebenfalls beteiligen. Genau diesen Weg sollten wir auch in Zukunft einhalten. Die Diskussion zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ist aus unserer Sicht der richtige Ort, um mehr Mittel für Energieprojekte zu sprechen. Es ist zu begrüßen, dass die Regierung beim Bund Abklärungen trifft, ob zusätzlich 2,5 Millionen Franken ins Energieförderprogramm eingestellt werden können, dies aufgrund der Corona-bedingten Wirtschaftsförderung. Die CVP-Fraktion unterstützt die Haltung der Regierung und stimmt für die teilweise Erheblicherklärung. Gerne führen wir die Diskussion bei der Beratung des AFP fort. Zum Postulat P 243: Auch uns ist aufgefallen, dass sich der Verkehr während der Corona-Zeit massiv reduziert hat. Auch wir wünschen uns, dass sich die Zukunft nachhaltiger entwickeln würde. Leider bleibt das ein Wunsch. Mit der Aussage zum wirtschaftlich nicht nötigen motorisierten Verkehr kann ich leider nichts anfangen. Was heisst das? Aus meiner Sicht ist jeder Verkehr wirtschaftlich messbar. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat aus zwei Gründen ab: Erstens: Die Forderungen des Postulats sind bereits aufgegleist und werden in unserem Rat behandelt. Es war zu erwarten, dass nach den Lockerungen die Ruhe auf den Strassen rasch wieder der Normalität weichen würde. Zweitens: Wir wehren uns dagegen, dass nur Velo- und sonstiger Langsamverkehr thematisiert wird. Die Mobilitätsfrage kann nur mit einer Gesamtschau beurteilt und gelöst werden. Den Verteilungskampf um die Mittel hat die Corona-Krise leider nicht gelöst. Zur Anfrage A 304: Für die CVP sind die gestellten Fragen schlüssig und klar beantwortet.

Sara Muff: Ich spreche zum Postulat P 250. Ein gut aufgestelltes Energieförderprogramm ist in vielerlei Hinsicht wichtig. Zum einen haben wir das Ziel «Netto null 2050» zu erreichen, zum anderen können durch das Energieförderprogramm auch wirtschaftliche Impulse gesetzt werden. Im Kanton Luzern waren wir mit unserem fortschrittlichen Energiegesetz wegweisend. Nun gilt es aber zu schauen, dass wir nicht in Rückstand geraten und von den anderen Kantonen überholt werden. Dies kann durch ein gut aufgestelltes Förderprogramm Energie erreicht werden. Ein weiterer zentraler Punkt ist aber auch, dass die Massnahmen fortlaufend angepasst werden und das Förderprogramm weiterentwickelt wird. Es stimmt uns zuversichtlich zu hören, dass die Regierung hier Akzente setzen will. Dem Aspekt, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gemäss Trendlinie bereits im Herbst ausgeschöpft sein sollen, muss jedoch jetzt entgegengewirkt werden. Das vorliegende Postulat ist daher ein Schritt in die richtige Richtung. Bezüglich des Kantonsbeitrags für das Förderprogramm Energie ab 2021 stimmen wir der Regierung zu, dass durch die Überweisung einer Bemerkung im Kontext der AFP-Beratung 2020–2023 dieser bereits erhöht wird. Die SP stimmt aus diesen Gründen für eine teilweise Erheblicherklärung.

Josef Schuler: Ich habe mich ein wenig gewundert, was genau die Verkehrsmassnahmen mit der Pandemie zu tun haben. Dann habe ich im CAPA-Plan (Corrective and Preventive Action) nachgeschaut. Da werden Risiken aufgelistet, und da heisst es an erster Stelle im November «Epidemie oder Pandemie», das betreffe die Gesellschaft, oder «Stromausfall», das betreffe die Technik, oder «Erdbeben, Trockenheit oder Hochwasser», was die Natur betrifft. Also haben Verkehrsmassnahmen durchaus etwas mit Risiken zu tun, und wir tun gut daran, wenn wir uns auf diese vorbereiten. Für mich ist es wichtig, dass wir uns auch auf

eine Zeit vorbereiten, in der wir wenig fossile Treibstoffe benützen. Wir müssen erneuerbare Energien unbedingt fördern und den Verkehr fit machen, damit er in einem Risikofall weiterhin fließen kann. Das bedeutet, dass die Mobilität ökologischer sein muss und auch die Infrastruktur solchen Risiken standhalten können muss. Aus diesem Grund unterstütze ich die Postulate.

Ruedi Amrein: Ich spreche im Namen der FDP zu allen Vorstössen. Zum Postulat P 250: Der Betrag im Budget für das Jahr 2020 reicht nicht aus für unsere Ziele, das haben wir in der Kommission bereits festgestellt. Aber 2021 ist bereits eine Erhöhung geplant. Weil das Geld aber schon im Herbst ausgeht, sind wir auch dafür, dass man den Betrag erhöhen sollte. Wir haben selber an Investitionen in die Umwelt gedacht und unterstützen die teilweise Erheblicherklärung. Auch hoffen wir, dass die Verhandlungen mit dem Bund erfolgreich abgeschlossen werden können und dass eine Aufstockung möglich ist. Zum Postulat P 243: Monique Frey möchte einen Planungsbericht, wie man die Reduktion des Verkehrs aufgrund von Corona beibehalten kann. Die Regierung ist bereit, die Förderung von umweltfreundlichem Mobilitätsverhalten und die Reduktion der Verkehrsmenge zu prüfen, sie lehnt aber einen separaten Planungsbericht ab. Wir sehen das auch so, denn es ist schon viel aufgegleist, was diese Fragen betrifft. Den Planungsbericht braucht es nicht. Es gibt aber Elemente im Postulat, welche auch für uns prüfenswert sind. Mit dem Homeoffice befassen wir uns später, und die neue Lust aufs Velofahren und Spazieren sollte aufrechterhalten werden. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat P 243 ab. Zur Anfrage A 304: Es wird nach einer reduzierten Verkehrsmenge und besseren Platzverhältnissen gefragt. Die grosse Hürde war, die Fragen innert zwei Monaten zu beantworten. Die Fragen wurden aus unserer Sicht korrekt beantwortet. Es ist halt so, dass der Kanton für Hauptverkehrsstrassen zuständig ist, für die es lange Bewilligungs- und Planungsverfahren braucht. In dieser kurzen Zeit ist wenig auszurichten.

Korintha Bärtsch: Im Postulat P 250 werden mindestens 2,5 Millionen Franken mehr für das Energieförderprogramm im laufenden Jahr gefordert. Die G/JG-Fraktion unterstützt dies voll und ganz. Der Kanton Luzern hat für das Jahr 2020 total 7,5 Millionen Franken für die Reduktion der CO₂-Emissionen zur Verfügung. Ganze 800 000 Franken davon steuert der Kanton selber bei, das sind nicht einmal 10 Prozent. Wenn man das ganze kantonale Budget von mehreren Milliarden Franken anschaut, ist dieser Betrag vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimaschutzes sehr gering. So kommt es, dass die Fördergelder im laufenden Jahr bereits im September ausgeschöpft sein sollen. Das ist schlecht für die Glaubwürdigkeit und die Kontinuität des Energieförderprogramms. Damit werden Investitionen in zehnfacher Höhe ausgelöst. Auch der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass die geforderten 2,5 Millionen Franken helfen würden – gerade in Zeiten von Corona –, die Wirtschaft zu stützen und so einen möglichen Einbruch zu verhindern. Die Regierung möchte jedoch, dass der Bund mitzahlt, was dieser aber nicht tun wird. Die Programmvereinbarungen werden im Mai abgeschlossen, und hätten wir das Postulat in der Mai-Session dringlich erklärt und behandelt, dann wäre dies noch möglich gewesen. Der kantonale Beitrag, der zusätzlich gesprochen worden wäre, wäre verdoppelt worden. Jetzt ist es zu spät, und aus nachvollziehbaren Gründen gibt es keine unterjährigen Zahlungen des Bundes. Die Millionen sind buchstäblich die Reuss hinuntergeflossen und wohl im Aargau gelandet, spricht doch der Kanton Aargau 18 Millionen Franken für die Energieförderung. Das Beispiel zeigt exemplarisch, dass die heutige Organisation den Anforderungen in der Energieförderung nicht mehr gerecht wird. Die Grünen und Jungen Grünen wollen in Zukunft eine mehrjährige und längerfristige Planung des Energieförderprogramms und werden dies politisch einfordern. In der letzten Zeit hat das Coronavirus in der Schweiz den Notstand ausgelöst. Die Bedrohung war spürbar und erlebbar für Betroffene und deren Umfeld. Alle standen vorsichtig zusammen und haben für Besserung gesorgt. Was passiert jetzt? Man fällt zurück in alte Muster, wenn die Gefahr nicht mehr akut vorhanden ist. Dies passiert unbewusst und nicht böswillig. Darin gibt es grosse Parallelen zur Klimakrise. Wir riechen und sehen das CO₂ nicht, und die Bedrohung steht nicht unmittelbar bevor. Die Auswirkungen werden aber auf einen Schlag gravierend sein, und darum muss der Kanton

Luzern endlich handeln. Das Problem nur anzuerkennen, aber nicht zu handeln, ist der falsche Weg. Die G/JG-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats P 250. Gerne möchte ich auch noch von Regierungsrat Fabian Peter wissen, wie er mit der Forderung des Postulats umzugehen gedenkt, wenn der Bund dieses Jahr nichts mehr bezahlt. Wir fordern ihn dazu auf, in diesem Fall die 2,5 Millionen Franken durch den Kanton zu bezahlen und so wirklich etwas gegen den Klimawandel zu tun.

Räto B. Camenisch: Ich möchte zuerst etwas Generelles der SVP zu den Vorstössen sagen: Wir sind dagegen, dass man unter dem Schirm der Corona-Krise alte Postulate wieder neu einbringt. Vergessen wir nicht, die Corona-Krise ist eine katastrophale Ausnahmesituation, welche riesige Kosten verursacht und die wir nie längere Zeit durchhalten könnten. Es ist eine Zeit der Einschränkung der persönlichen Freiheit, und es ist eine Zeit des Notrechts. Das dürfen wir nicht verklären oder idealisieren; auch wenn viel Geld fließt, dürfen wir dies nicht als Geldseggen ansehen. Zum Postulat P 250: Hier will man unter dem Deckmantel von Corona in Bern noch mehr Geld abholen. Die Regierung hat richtig gehandelt. Man will die Gelder mässig erhöhen, und Bundesgelder sind auch unsere Gelder, ob wir nun direkt davon profitieren oder nicht. Wir wollen eine saubere Entwicklung der Ausgaben, wie von der Regierung bisher ermöglicht. Wir lehnen das Postulat P 250 eigentlich ab, aber in diesem Falle folgen wir der Regierung und stimmen für die teilweise Erheblicherklärung. Zum Postulat P 243: Das Postulat fordert noch einen Bericht, obwohl man bereits weiss, was genau passiert ist. Die Regierung ist auch bereit, ihre Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen. Wir müssen diese Ausnahmesituation akzeptieren und daraus lernen, aber einen Bericht braucht es nicht. Damit würde nur die Bürokratie angeheizt. Besser wären Berichte über Zukunftsvisionen im Normalfall. Zur Anfrage A 304: Die Anfrage verklärt etwas die Verkehrssituation in der Corona-Zeit. Diese war der Ausdruck einer schweren Krise, an der wir noch lange nagen werden. Wir wollen Lehren daraus ziehen, aber das war gewiss kein Idealzustand, sondern eine Katastrophe. Die Regierung bleibt bodenständig und schlägt die richtigen Massnahmen vor, mit denen die SVP einverstanden ist.

Hasan Candan: Den Linken wird vorgeworfen, mit unseren Vorstössen Etikettenschwindel zu betreiben. Dies ist überhaupt nicht der Fall. Es wurde bereits mehrmals erwähnt, dass durch die Krise eben ein Neustart möglich ist und wir nicht so weitermachen können wie bisher. Wir müssen uns weiterentwickeln. Regieren bedeutet für mich nicht nur reagieren, sondern auch agieren und Chancen ergreifen. Zum Postulat P 243: Ich glaube, dass die Entwicklungen der vergangenen Monate gezeigt haben, dass die Leute sich anders bewegen und das Velo mehr benützen. Der Veloverkehr hat sich fast verdreifacht. Was machen andere Kantone und Gemeinden? Sie werden aktiv. Waadt, Lausanne oder Freiburg haben das Velonetz um 100 Kilometer ausgebaut. Die Regierung möchte keinen Planungsbericht, weil man genügend Instrumente habe. Es reicht aber nicht. Wir wissen alle, dass ein Radroutenkonzept von unserem Rat gefordert wurde. Ich habe die Rechnung studiert und darin gelesen, dass die Bearbeitung dieses Konzeptes aus personellen und zeitlichen Gründen frühestens mit der Erarbeitung des nächsten Bauprogramms 2023–2026 begonnen werden könne. Hier verpasst man eine Chance. Wir müssen den Veloverkehr fördern, und allein schon das rechtfertigt den geforderten Planungsbericht. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

András Özvegyi: Ich möchte diejenigen, die mein Postulat P 250 teilweise erheblich erklären möchten, bitten, sich dies genau zu überlegen. Es geht darum, unsere regionale Wirtschaft zu unterstützen. Bei einer Erheblicherklärung kann der Kanton zum Bund gehen, und es besteht die Chance auf ein Wiedererhebungsgesuch aufgrund der Corona-Krise, um die 1,6 Millionen Franken doch noch zu erhalten.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Zum Postulat P 250: Es ist sinnvoll zu prüfen, ob das Förderprogramm Energie in diesem Jahr nochmals aufgestockt werden kann und dadurch weitere Bundesbeiträge ausgelöst werden können. Leider muss ich Kantonsrätin Korintha Bärtsch recht geben, dass normalerweise am 31. März des Jahres die Frist für die Eingaben beim

Bund abläuft. Dieses Jahr wurde diese etwas verlängert. Wir haben angeklopft und gefragt, ob eine nachträgliche Erhöhung möglich sei. Man wollte von uns aber einen Kreditbeschluss, und diesen konnten wir zum genannten Zeitpunkt nicht vorweisen. Wir werden aber nach dieser Beratung nochmals beim Bund vorstellig werden, um zu schauen, ob noch Gelder für dieses Jahr möglich sind. Falls nicht, wird sich die Regierung damit auseinandersetzen, ob der Kanton die Mittel allein erhöht. Der Effekt mit der Abholung der Bundesmittel geht so natürlich verloren. Für die Zukunft hat Ihr Rat eine Bemerkung zum AFP 2020–2023 überwiesen, dass die Mittel zur Förderung erhöht werden sollen. Diesen Prüfauftrag nehmen wir mit in die AFP-Diskussion, und voraussichtlich werden wir dort diesbezüglich eine Massnahme einleiten. Zudem kann ich sagen, dass eine Weiterentwicklung des Förderprogramms auch im Zusammenhang mit dem Planungsbericht Klima- und Energiepolitik natürlich geprüft wird. Es wird analysiert, wie das bestehende Förderprogramm wirkt und wo man allenfalls Verbesserungen im Sinn des Ziels «Netto null 2050» vornehmen könnte. Zum Postulat P 243 und zur Anfrage A 304: Einer der wenigen positiven Aspekte von Corona war der Rückgang des MIV. Dieser war aber nur vorübergehend. Die Auslastung der Strassen ist aktuell auf dem Niveau vor dem Lockdown, teilweise sogar etwas höher, denn die Bevölkerung setzt zum Teil mehr auf Individualverkehr aufgrund des erhöhten Sicherheitsbedürfnisses wegen Ansteckungen. Als Kanton haben wir kurzfristig aber keine Möglichkeit, uns über unsere eigenen Instrumente und diejenigen Ihres Rates hinwegzusetzen. Wir haben das für vier Jahre gültige Bauprogramm beschlossen, und wir können und wollen keine Strassen sperren oder Einbahnregimes einführen. Es sind aber verschiedene Projekte im Gange. Die Mobilität der Zukunft ist eine grosse Herausforderung, und diese können wir – ob mit oder ohne Corona – nicht innerhalb einiger Wochen lösen. Es braucht einen breit abgestützten Prozess, daran arbeiten wir. Die Grundlage ist das Konzept Mobilität der Zukunft im Kanton Luzern. Darin enthalten sind verschiedene Instrumente, die wir aufeinander abstimmen müssen: der Richtplan, der Planungsbericht Klima- und Energiepolitik, die Agglomerationsprogramme, das Mobilitätsmanagement und das Radroutenkonzept. Damit haben wir die richtigen Instrumente, wir müssen diese aber jetzt für die Zukunft flexibilisieren. Ein neuer und zusätzlicher Planungsbericht, wie im Postulat P 243 gefordert, ist deshalb nicht zielführend. Mit unseren bestehenden Instrumenten wollen wir nachhaltig und zielführend arbeiten. Die Regierung beantragt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 250 und die Ablehnung des Postulats P 243.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat P 250 teilweise erheblich.